Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Stellungnahme des Präsidiums der KPD/ML

Beilage zu RM 18/76

Zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland

„Früher pflegte man an die Analyse der Voraussetzungen der proletarischen Revolution vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes dieses oder jenes einzelnen Landes heranzugehen. Jetzt ist diese Art des Herangehens bereits unzulänglich. Jetzt muß man an diese Frage vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes aller Länder oder ihrer Mehrheit, vom Standpunkt des Zustandes der Weltwirtschaft herangehen, denn die einzelnen Länder und die einzelnen nationalen Wirtschaften haben aufgehört, sich selbst genügende Einheiten zu sein, sie haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette, genannt Weltwirtschaft, verwandelt, denn der alte ‚zivilisierte' Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden, der Imperialismus aber ist ein Weltsystem finanzieller Versklavung und kolonialer Unterdrückung der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener' Länder.

(...)

Früher war es üblich, von der proletarischen Revolution in diesem oder jenem entwickelten Lande als von einer einzelnen, sich selbst genügenden Größe zu sprechen, die der einzelnen, nationalen Front des Kapitals als ihrem Antipoden entgegengestellt wurde. Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muß man von der proletarischen Weltrevolution sprechen, denn die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muß.

Früher betrachtete man die proletarische Revolution ausschließlich als Ergebnis der inneren Entwicklung des betreffenden Landes. Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muß man die proletarische Revolution vor allem als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus betrachten, als Ergebnis dessen, daß die Kette der imperialistischen Weltfront in diesem oder jenem Land reißt." (1)

Welches sind heute die grundlegenden Widersprüche im Weltmaßstab, von denen Genosse Stalin im obigen Zitat aus seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" sagt, daß die proletarische Revolution in einem Land vor allem als Ergebnis der Entwicklung dieser Widersprüche betrachtet werden muß? – Die Tendenz der gegenwärtigen Weltentwicklung wird durch die Verschärfung folgender grundlegender Widersprüche bestimmt:

1. des Widerspruchs zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus, besonders den beiden Supermächten, andererseits;

2. des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern;

3. der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten;

4. des Widerspruchs zwischen den sozialistischen Ländern und dem Imperialismus (einschließlich des Sozialimperialismus)

Der erste Widerspruch ist gegenwärtig der Hauptwiderspruch in der Welt. Die unterdrückten Völker und Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind heute die Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus. Das internationale Proletariat und die sozialistischen Länder sind der führende Kern des Kampfes gegen den Imperialismus, für die sozialistische Weltrevolution. Auf der Seite des Imperialismus sind die beiden Supermächte die größte konterrevolutionäre Kraft. Der russische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus sind zur Zeit die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker. Auf der ganzen Welt kämpfen sie um Hegemonie und sie sind gegenwärtig die Hauptkriegstreiber.

Die Verschärfung dieser grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt ergibt insgesamt, daß die Haupttendenz der gegenwärtigen Weltentwicklung die Revolution und der Sieg des Sozialismus ist. Aber aufgrund der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft wachsen auch die Faktoren für einen neuen Weltkrieg an.

Der Sieg der proletarischen Revolution in einem Land hängt, wie Stalin sagt, nicht nur von der inneren Entwicklung eines Landes ab, sondern vor allem von der Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab, von der Frage, an welchem Glied der Kette der Weltfront des Imperialismus sich die Widersprüche konzentrieren, so daß es zum schwächsten Glied der Kette wird und die Kette mit dem Sieg der proletarischen Revolution in diesem Land reißt. Völlig falsch aber ist es,

daraus zu schließen, daß für die proletarische Revolution in einem Land nicht die inneren Bedingungen entscheidend sind. Mao Tsetung stellt dazu fest:

„Die gesellschaftlichen Veränderungen hängen in der Hauptsache von der Entwicklung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ab, also der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen den Klassen, zwischen dem Neuen und dem Alten; die Entwicklung dieser Widersprüche treibt die Gesellschaft vorwärts und gibt den Impuls für die Ablösung der alten Gesellschaft durch eine neue. Schließt die marxistische Dialektik äußere Ursachen aus? Keineswegs. Sie betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken.“ (2)

Um die Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland festzulegen, müssen wir also von der Analyse der inneren Widersprüche in Deutschland ausgehen. Die innere Entwicklung Deutschlands aber ist von der Entwicklung der Weltlage nicht durch eine chinesische Mauer getrennt, sondern wird durch sie beeinflußt.

Was sind nun die wichtigsten Widersprüche in Deutschland, auf deren Grundlage Strategie und Taktik der proletarischen Revolution in unserem Land bestimmt werden müssen?

Nieder mit dem Kapitalismus in ganz Deutschland !

Ob in Westdeutschland, Westberlin oder in der DDR – in ganz Deutschland ist die Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen durch die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung seitens der Bourgeoisie, durch das Joch der Lohnsklaverei, durch den Kapitalismus bestimmt. In ganz Deutschland ist es das Ziel der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten. In ganz Deutschland stehen sich Proletariat und Bourgeoisie unversöhnlich gegenüber. Für Deutschland gilt deshalb die Feststellung des Genossen Mao Tsetung:

„ . . . daß der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaft der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung ist. Dieser Widerspruch tritt im Widerspruch zwischen dem organisierten Charakter der Produktion in den einzelnen Betrieben und dem unorganisierten Charakter der Produktion in der Gesellschaft als Ganzem zutage. In den Beziehungen der Klassen bekundet sich dieser Widerspruch als Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat.“

(...)

„So bilden zum Beispiel in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch. Die anderen Widersprüche, wie zum Beispiel der Widerspruch zwischen den Überresten der Feudalklasse und der Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen den bäuerlichen Kleineigentümern und der Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen dem Proletariat und den bäuerlichen Kleineigentümern, der Widerspruch zwischen der nichtmonopolistischen und der monopolistischen Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus der Bourgeoisie, die Widersprüche unter den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den Kolonien sowie alle übrigen Widersprüche - sie alle werden vom Hauptwiderspruch bestimmt, stehen unter seinem Einfluß.“(3)

Revisionismus und Opportunismus versuchen, den Grundwiderspruch zu verwischen

Die Bourgeoisie versucht stets, diesen unversöhnlichen Grundwiderspruch des Kapitalismus zu verwischen, indem sie erklärt, letztlich hätten Arbeiter und Kapitalisten doch gemeinsame Interessen. Ob mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie oder mit Mitbestimmungsparolen – immer kommt es der Bourgeoisie darauf an, den unversöhnlichen Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu verschleiern, um die Arbeiterklasse vom Kampf für den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie durch die sozialistische Revolution abzuhalten.

Sie bedient sich dabei vor allem ihrer revisionistischen Agenturen in der Arbeiterbewegung. So verwischen die modernen Revisionisten der D„K“P den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, indem sie an seine Stelle den angeblichen Widerspruch zwischen dem sogenannten Rechtskartell einerseits und den Kräften der Demokratie und des Fortschritts andererseits oder den Widerspruch zwischen den Monopolen und den sogenannten antimonopolistischen Kräften zum Hauptwiderspruch erheben. Alles zu dem Zweck, die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution zu leugnen und von ihr abzulenken.

Auch innerhalb der revolutionären Bewegung ist es ein wesentliches Kennzeichen des Opportunismus, den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verwischen. So erkennt die Gruppe Rote Fahne (GRF) zwar in Worten ganz generell für den Kapitalismus den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie an, aber das tun die modernen Revisionisten auch. Wo es dagegen um die Festlegung der Strategie und Taktik der Revolution in Deutschland geht, heißt es in der Erklärung des Zentralkomitees der GRF (KPD) „Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!“: „In Deutschland, in der BRD und der DDR, wirken gegenwärtig zwei hauptsächliche Widersprüche: der nationale und der Klassenwiderspruch. In der DDR ist heute bereits der Widerspruch zum russischen Sozialimperialismus der Hauptwiderspruch.“ (4) Inzwischen hat die GRF (KPD) sich noch klarer geäußert: „Daraus folgerte Genosse Heuler, daß der nationale Widerspruch unter bestimmten Bedingungen zum Hauptwiderspruch in einem entwickelten kapitalistischen

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26,- Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund.
Beilage zum RM Nr. 18/1976

Land werden kann, das selbst imperialistisch ist. Dann nämlich, wenn nationale Unabhängigkeit und Einheit durch einen imperialistischen Oberherren vernichtet oder bedroht sind. Das trifft auf Deutschland zu, dessen östlicher Teil vom Sozialimperialismus besetzt und dessen westlicher Teil unter der Kontrolle, der Bedrohung, der Tyrannei der Supermächte leidet, wobei die Gefahr für die Unabhängigkeit vor allem vom sowjetischen Sozialimperialismus ausgeht." (5) Wo es um die gegenwärtige Lage in Deutschland geht, wird von der GRF (KPD) also die Gültigkeit des Grundwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestritten. Die GRF (KPD) geht inzwischen davon aus, daß der nationale Widerspruch zu den Supermächten, vor allem zum russischen Sozialimperialismus, in ganz Deutschland zum Hauptwiderspruch geworden ist, durch den alle anderen Widersprüche, einschließlich des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie, bestimmt werden.

Ähnlich geht der KBW vor. Auch er erkennt in Worten allgemein den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie an. Der gegenwärtige Klassenkampf wird aber nach Ansicht des KBW durch einen völlig anderen Widerspruch bestimmt: „Politisch ist die Klassenkampfsituation bestimmt durch den Zusammenstoß der Reaktion mit einem Neuaufschwung der demokratischen Massenbewegung." (6).

Mao Tsetung dagegen bezeichnet sowohl den nationalen Widerspruch als auch den Widerspruch zwischen demokratischer Bewegung und Faschismus in einem kapitalistischen Land als Nebenwidersprüche, die durch den Haupt- oder Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestimmt werden. Was hat es für Konsequenzen, wenn man diese grundlegende Lehre des Marxismus-Leninismus über Bord wirft? — **Ein Abweichen vom Marxismus-Leninismus in dieser Frage bedeutet in letzter Konsequenz, daß man den Weg der sozialistischen Revolution verläßt.** Wer den nationalen Widerspruch oder den Widerspruch zwischen Demokratie und Faschismus zum Hauptwiderspruch erhebt, der erhebt auch den nationalen oder demokratischen Kampf zur Hauptsache. Folglich wird er nicht, wie es die Pflicht der Kommunisten ist und wie es den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse entspricht, alle Frage vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus beurteilen, sondern vom Standpunkt des nationalen oder demokratischen Kampfes. Er wird die Interessen der sozialistischen Revolution denen des nationalen oder demokratischen Kampfes unterordnen.

Gegen diese opportunistischen Positionen hält unsere Partei daran fest, daß der Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Kapitalismus alle anderen Widersprüche bestimmt und daß dieser Widerspruch nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats gelöst werden kann. In dieser Allgemeinheit gilt das, wie der Vorsitzende Mao auch festgestellt hat, für jedes kapitalistische Land. Bei dieser Allgemeinheit des Grundwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie aber können wir nicht stehenbleiben. Um Festlegungen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland treffen zu können, muß man konkret analysieren, wie dieser Widerspruch sich in Deutschland konkret äußert. Man muß sowohl für die Seite der Bourgeoisie, als auch für die Seite des Proletariats die Besonderheiten herausfinden. Auf der Seite des Proletariats wäre in Westdeutschland eine solche Besonderheit z. B. der hohe Anteil der ausländischen Arbeiter, in der DDR wäre die wichtigste Besonderheit auf der Seite des Proletariats die Tatsache, daß die Arbeiterklasse bereits die herrschende Klasse in der DDR war und nun wieder ausgebeutet und unterdrückt wird, eine andere Besonderheit des Proletariats in der DDR ist der relativ hohe Anteil des neuen ländlichen Proletariats usw. Wir wollen uns im folgenden aber darauf beschränken, einige Besonderheiten auf der Seite der Bourgeoisie herauszuarbeiten, um die Frage zu beantworten, wer der Feind der sozialistischen Revolution in Deutschland ist.

DIE SEITE DER BOURGEOISIE IN WESTDEUTSCHLAND

In Westdeutschland steht der Arbeiterklasse zunächst die westdeutsche Bourgeoisie, dabei vor allem die westdeutsche Monopolbourgeoisie, als Klassenfeind gegenüber. In ihren Händen befinden sich die wesentlichen Produktionsmittel, die sie zur Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen benutzt. Sie beherrscht den westdeutschen Staatsapparat, den sie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen einsetzt. **Westdeutschland steht also unter der Diktatur der westdeutschen Bourgeoisie, wobei innerhalb der Bourgeoisie die Monopolbourgeoisie und an ihrer Spitze die Finanzoligarchie die führende Kraft darstellt.**

Auch im internationalen Maßstab ist der westdeutschen Imperialismus eine äußerst reaktionäre Kraft, auch wenn er kräftemäßig mit dem russischen Sozialimperialismus oder dem USA-Imperialismus nicht auf eine Stufe gestellt werden kann. Er exportiert in starkem Umfang Kapital in andere Länder, um auch aus den Arbeitern und Werktätigen dieser Länder Profit zu pressen. Im Rahmen der sogenannten Europäischen Gemeinschaft (EG) übt er in gewisser Weise die Vorherrschaft über die anderen kapitalistischen und imperialistischen Länder aus, in denen er kapitalmäßig einen relativ starken Einfluß hat. Über die EG versucht er immer direkter, sich in die inneren Verhältnisse dieser Länder einzumischen, indem er wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Regierungen dieser Länder ausübt, um sie zu zwingen, den Kurs der Ausplünderung der Werktätigen noch mehr zu verschärfen, die Kämpfe der Werktätigen noch brutaler zu unterdrükken, um die Profite des in diesen Ländern investierten westdeutschen Kapitals zu sichern. Der westdeutsche Imperialismus plündert ebenfalls Entwicklungsländer aus und unterstützt in Asien, Afrika und Lateinamerika die reaktionärsten Regime.

Der westdeutsche Imperialismus, der nach innen und nach aussen als eigenständige imperialistische Macht auftritt, ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in Westdeutschland.

Aber diese Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie in Westdeutschland ist nicht ungeteilt. Der USA-Imperialismus hat politisch, wirtschaftlich und militärisch einen starken Einfluß in Westdeutschland. Er hat in Westdeutschland eine fast 250 000 Mann starke Besatzerarmee stationiert, die er innerhalb kürzester Zeit erheblich verstärken kann. Offiziell heißt es, die USA-Truppen seien als Verbündete hier. Aber die für Westdeutschland geltenden Nato-Verträge verraten selbst, daß es sich hier um Besatzertruppen handelt. Die US-Soldaten können hier z. B. einen Mord begehen, ohne daß sie von einem deutschen Gericht ohne Zustimmung der USA zur Rechenschaft gezogen werden können. Die US-Truppen in Westdeutschland sind keineswegs Truppen, die der USA-Imperialismus dem westdeutschen Imperialismus zur Verfügung stellt, um ihn gegen den russischen Sozialimperialismus zu stärken. Sie stehen vielmehr uneingeschränkt unter dem Kommando des USA-Imperialismus, um die Interessen des USA-Imperia-

lismus in Westdeutschland zu schützen. Die USA-Imperialisten können beispielsweise beschließen, „Manöver“ im Ruhrgebiet durchzuführen, wenn es ihnen aufgrund der Klassenkampfsituation angebracht zu sein scheint.

Und wer bedroht die Interessen des USA-Imperialismus in Westdeutschland? – Erstens der Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen Westdeutschlands für die sozialistische Revolution. Zweitens die Expansionsbestrebungen des russischen Sozialimperialismus. Drittens aber auch jeder ernsthafte Versuche des westdeutschen Imperialismus, aus dem Einflußbereich und der Globalstrategie des USA-Imperialismus auszuscheren.

Zwischen imperialistischen Mächten gibt es kein Bündnis auf der Basis der Gleichberechtigung, höchstens sehr kurzfristig und als Ausnahme. In einem imperialistischen Bündnis ist einer der Stärkere und der andere ordnet sich ihm unter. In dem sogenannten Bündnis zwischen dem USA-Imperialismus und dem westdeutschen Imperialismus übt der USA-Imperialismus die Vorherrschaft aus. Der westdeutsche Imperialismus nimmt das nicht freiwillig hin, sondern nur, weil er gegenwärtig keine andere Möglichkeit sieht, seine imperialistischen Interessen zu verfolgen als ein Handlanger und Komplize des USA-Imperialismus, und er versucht, vor allem durch die Ausnutzung der Widersprüche zwischen den beiden Supermächten, mehr Unabhängigkeit vom USA-Imperialismus zu erlangen.

Im Kampf gegen die sozialistische Revolution und in der Rivalität mit dem russischen Sozialimperialismus hat die USA-Monopolbourgeoisie handfeste wirtschaftliche Interessen in Westdeutschland zu verteidigen. Mehr als 13% des Kapitals in Westdeutschland ist US-Kapital. Damit hat das US-Finanzkapital eine äußerst starke Stellung in den Schlüsselbranchen der westdeutschen Wirtschaft. **Die USA-Monopolbourgeoisie ist somit direkter Ausbeuter der westdeutschen Werktätigen, sie verfügt in Westdeutschland über eine große Armee zur Verteidigung ihrer Interessen gegen den revolutionären Kampf der Werktätigen und gegen die imperialistischen Konkurrenten.** Außer der USA-Monopolbourgeoisie verfügen auch andere Teile des internationalen Finanzkapitals über einen gewissen Einfluß in Westdeutschland, vor allem in kapitalmäßiger Hinsicht. England, Frankreich u. a. haben sogar Truppen in Westdeutschland stationiert. Auch sie sind Feinde der sozialistischen Revolution in Westdeutschland. Sie werden in einer revolutionären Situation den westdeutschen Imperialismus höchstwahrscheinlich bei dem Versuch, die revolutionäre Erhebung der Massen niederzuschlagen, aktiv unterstützen. Im Gegensatz zum USA-Imperialismus aber sind sie nicht in der Lage, selbständig ihre Interessen in Westdeutschland zu verteidigen. **Der USA-Imperialismus ist deshalb gegenwärtig nach dem westdeutschen Imperialismus der gefährlichste Feind der sozialistischen Revolution in Westdeutschland.**

Nach den Bürgerkriegstruppen des westdeutschen Imperialismus (Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr) stellen die US-Besatzertruppen das stärkste konterrevolutionäre Gewaltpotential in Westdeutschland dar. Wie der Kampf gegen die imperialistische Bundeswehr ist darum im Kampf für die sozialistische Revolution der Kampf gegen die USA-Truppen und für ihre Vertreibung von größter Bedeutung. Wer diesen Kampf abschwächen oder einstellen will und sich ihm, unter welchem Vorwand auch immer, in den Weg stellt, handelt konterrevolutionär.

Darauf laufen auch die Ausführungen der GRF (KPD) in dieser Frage hinaus. Wir beziehen uns dabei keineswegs nur auf die offene Propaganda für den Verbleib der US-Besatzertruppen in Westdeutschland, wie sie in einer Reihe von Artikeln der „Roten Fahne“ und sonstigen Veröffentlichungen der GRF (KPD) betrieben wurde, sondern auch auf folgende Feststellung des Zentralkomitees der GRF (KPD): „Es ist falsch, in der DDR vor allem den Sozialimperialismus und in der BRD vor allem den USA-Imperialismus zu bekämpfen. Eine solche einseitige Konzentrierung der Kämpfe in der BRD auf den Kampf gegen den USA-Imperialismus – mit der Forderung nach Abzug der Truppen – leistet eindeutig der Aggressionspolitik des Sozialimperialismus Vorschub.“ (7)

Die Werktätigen Westdeutschlands und erst recht alle westdeutschen Revolutionäre müssen gegen die US-Besatzertruppen und für deren Vertreibung kämpfen. Sie können und müssen von Westdeutschland aus den Kampf ihrer Klassenbrüder und Landsleute in der DDR zur Vertreibung des russischen Sozialimperialismus politisch, moralisch und materiell unterstützen, sie müssen sich auf eine Aggression seitens des russischen Sozialimperialismus vorbereiten, aber sie müssen den USA-Imperialismus als den nach dem westdeutschen Imperialismus wichtigsten Feind der sozialistischen Revolution in Westdeutschland bekämpfen. Die Haltung der GRF(KPD) gegenüber dem USA-Imperialismus in Westdeutschland dagegen verstößt vollständig gegen die Interessen der sozialistischen Revolution.

Fassen wir die Besonderheit der Seite der Bourgeoisie in Westdeutschland zusammen: die westdeutsche Bourgeoisie, deren führende Kraft die Monopolbourgeoisie mit der Finanzoligarchie an der Spitze ist, ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in Westdeutschland. Der USA-Imperialismus, ebenfalls unmittelbarer Ausbeuter und Unterdrücker der Werktätigen Westdeutschlands, ist nach dem westdeutschen Imperialismus der wichtigste Feind der westdeutschen Arbeiterklasse. Beide werden gemeinsam versuchen, die revolutionäre Erhebung der westdeutschen Werktätigen blutig niederzuschlagen. Gleichzeitig müssen die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands sich darauf vorbereiten, daß der russische Sozialimperialismus im Falle einer revolutionären Situation in Westdeutschland alles versuchen wird, um den proletarischen Aufstand niederzuschlagen und ganz Deutschland zu versklaven. Deshalb muß ein energischer Kampf gegen den Einfluß des russischen Sozialimperialismus in Westdeutschland geführt, müssen sein räuberisches Wesen und seine aggressiven Ziele entlarvt werden.

DIE SEITE DER BOURGEOISIE IN DER DDR

Wir sagen, daß die DDR vollständig vom russischen Sozialimperialismus versklavt ist, sich in quasikolonialer Abhängigkeit von Moskau befindet. Das gilt in jeder Hinsicht: militärisch ist die DDR vom russischen Sozialimperialismus besetzt; wirtschaftlich wird die DDR-Wirtschaft im Rahmen der sogenannten „Integration“ immer stärker zu einem Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft; politisch ist die Honecker-Clique ein Vasall der Neuen Zaren, mit Breschnews Doktrin der „begrenten Souveränität“ ist selbst der Schein der Unabhängigkeit des Honecker-Regimes weitgehend aufgegeben. So ist die sowjetische Monopolbourgeoisie die eigentlich herrschende Klasse in der DDR. **Der russische Sozialimperialismus ist darum der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in der DDR.**

Das aber bedeutet nicht, wie die GRF(KPD) behauptet, daß in der DDR der nationale Widerspruch zum russischen Sozialimperialismus

der Hauptwiderspruch geworden ist. Aufgrund der Tatsache, daß in der DDR nicht die einheimische staatsmonopolistische Bourgeoisie, sondern die sowjetische Monopolbourgeoisie die eigentliche herrschende Klasse ist, ändert sich weder der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft in der DDR, noch das strategische Ziel der Arbeiterklasse der DDR, in der erneuten sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten. Sollen die Werktätigen der DDR etwa dafür kämpfen, statt in erster Linie vom russischen Sozialimperialismus in erster Linie von der neuen staatsmonopolistischen Bourgeoisie der DDR ausgebeutet zu werden?

Ist der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in der DDR, so ändert das auch nichts daran, daß die neue DDR-Bourgeoisie ein Todfeind der sozialistischen Revolution ist und kein potentieller Bündnispartner der Arbeiterklasse im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus, was die GRF (KPD) offensichtlich ins Auge faßt, wenn sie unserer Partei vorwirft, wir würden „die neue Bourgeoisie mit den Sozialimperialisten in einen Topf werfen." (8) Unsere Partei tut das keineswegs, aber im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus übersieht sie auch nicht, daß die neue Bourgeoisie der DDR ein Klassenfeind des Proletariats ist.

Die Besonderheit auf der Seite der Bourgeoisie in der DDR ist also, daß die sowjetische Monopolbourgeoisie die eigentlich herrschende Klasse und der Hauptfeind der sozialistischen Revolution ist, daß die neue DDR-Bourgeoisie ebenfalls ein Feind der Arbeiterklasse und der Werktätigen der DDR ist. Im Kampf für den Sturz der Herrschaft des russischen Sozialimperialismus und der neuen Bourgeoisie der DDR müssen die Arbeiterklasse und die Werktätigen sich darauf vorbereiten, daß im Falle einer revolutionären Situation unter bestimmten Bedingungen der USA-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus oder beide in die DDR einmarschieren würden, um die sozialistische Revolution niederzuschlagen und die DDR unter ihre Herrschaft zu bringen.

Der bürgerliche Staatsapparat muß zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichtet werden - das ist der Kern der sozialistischen Revolution !

Unabhängig von den Besonderheiten des Widerspruchs Proletariat-Bourgeoisie ist eine allgemeingültige Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß dieser Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft nur gewaltsam, nur durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats gelöst werden kann. Es sind vor allem die modernen Revisionisten, die heute von dieser Tatsache ablenken und mit der Ideologie des friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus die Werktätigen vom Kampf für die sozialistische Revolution ablenken wollen. Die Kapitalisten werden niemals freiwillig abtreten, noch werden sie sich durch irgendwelche parlamentarischen oder sonstigen Mehrheiten abwählen lassen. Eben darum, weil sie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterdrücken und niederhalten wollen und müssen, haben die Kapitalisten sich ja ihren Gewaltapparat geschaffen. Darum rüsten sie die Polizei immer stärker als Bürgerkriegstruppe auf, darum wird ihre Armee, die angeblich zur Landesverteidigung dienen soll, auf den Häuserkampf gedrillt, müssen die Soldaten in Manövern den Einsatz gegen demonstrierende und streikende Arbeiter üben. Darum verhängen ihre Gerichte Terrorurteile gegen jeden, der auch nur in Worten für die sozialistische Revolution eintritt. Darüber verabschiedet ihr Parlament ein Gesetz nach dem anderen, die die Verschärfung der politischen Unterdrückung der Werktätigen zum Inhalt haben. Darum sind die Notstandsgesetze beschlossen worden, durch die im Falle des Heranreifens einer revolutionären Situation die letzten demokratischen Freiheiten und Rechte vom Tisch gewischt und die offene terroristische, faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen errichtet werden soll.

Mit einem Wort: die sozialistische Revolution ist notwendig, weil die Bourgeoisie ihren Staat als Instrument zur Unterdrückung und gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen hat. Ohne diesen bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, kann von der Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und vom Sozialismus keine Rede sein. **Die gewaltsame Zerschlagung des bürgerliches Staates, um auf seinen Trümmern den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats zu errichten – das ist der Kern der sozialistischen Revolution,und das ist die strategische Aufgabe, vor der die Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten steht.**

Damit kommen wir auf eine wichtige Besonderheit der sozialistischen Revolution in Deutschland zu sprechen. Deutschland ist in zwei kapitalistische Staaten gespalten. In Westdeutschland und Westberlin herrschen der westdeutsche Imperialismus und der USA-Imperialismus, in der DDR der russische Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR. Die Spaltung Deutschlands durch die beiden Supermächte und ihre deutschen Handlanger und Komplizen bzw. Vasallen konnte die Existenz der deutschen Nation weder in ihren materiellen Grundlagen noch im Willen unseres Volkes zerstören und wird es nicht können. In beiden deutschen Staaten kämpfen die Arbeiterklasse und die Werktätigen für ein gemeinsames strategisches Ziel: für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. **Aber der Weg dahin kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur über den Sieg der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten führen**: Vertreibung des russischen Sozialimperialismus und Sturz der neuen DDR-Bourgeoisie, Zerschlagung des sozialfaschistischen Staatsapparates und Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR; Sturz des westdeutschen Imperialismus, Vertreibung des USA-Imperialismus und aller Besatzertruppen, Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland – das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der einzige Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Obwohl die Erkenntnis, daß der Frage der Staatsmacht die größte Bedeutung zukommt und daß man von der sozialistischen Revolution nicht sprechen kann, ohne von der Frage der Staatsmacht zu reden, eine Grundlehre des Marxismus-Leninismus ist, gibt es gegenwärtig nicht nur seitens der modernen Revisionisten, sondern auch innerhalb der revolutionären Bewegung unseres Landes opportunistische Strömungen, die diese Frage zu verwirren

und in ihrer Bedeutung herabzusetzen versuchen. So greift die GRF (KPD) unsere Partei an, weil wir von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten ausgehen. Sie erklären, für den Verlauf der sozialistischen Revolution und für die Bestimmung des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution sei ausschließlich die Frage der Einheit der Nation entscheidend, während die Frage der Existenz von zwei kapitalistischen Staaten in diesem Zusammenhang nebensächlich sei. Das ist ein vollständig unmarxistischer Standpunkt. Es ist der Standpunkt des bürgerlichen Nationalismus, der die Interessen der Nation über die der sozialistischen Revolution stellt.

Nun können die Vertreter dieser Auffassung in der GRF (KPD) nicht offen die marxistisch-leninistische Lehre leugnen, daß die Frage der Staatsmacht die Kernfrage der sozialistischen Revolution ist. Aber sie behaupten, das gelte nur für die zu errichtende proletarische Staatsmacht, nicht aber für den bürgerlichen Staat, der zerschlagen werden muß. Was soll man von jemandem halten, der zwar von der Herrschaft der Arbeiterklasse schwärmt, aber der Tatsache, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zur Voraussetzung hat, keine Bedeutung beimißt? Man wird ihn entweder für einen weltfremden Phantasten halten, oder aber für einen Betrüger, der die Fahne der Diktatur des Proletariats nur deshalb schwenkt, um davon abzulenken, daß er den Weg der sozialistischen Revolution verlassen hat. Wir hoffen, daß die Genossen der GRF (KPD) den zutiefst antimarxistischen Charakter dieser Auffassungen erkennen, um sich auf die korrekten marxistisch-leninistischen Positionen in der Frage von Staat und Revolution zu stellen.

Die Ausführungen der GRF (KPD) werfen darüber hinaus die Frage auf, was die Werktätigen Westdeutschlands eigentlich tun sollen, wenn in Westdeutschland eine revolutionäre Situation entstanden ist, aber in der DDR nicht. Sollen sich die westdeutschen Werktätigen in dieser Situation nicht erheben, um in der sozialistischen Revolution den westdeutschen Kapitalistenstaat zu zerschlagen und wenigstens in Westdeutschland die Diktatur des Proletariats errichten? Das wäre doch zweifellos die größte Unterstützung für den Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR. Nach Ansicht der GRF-Führer aber darf an die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR oder in Westdeutschland gar nicht gedacht werden, weil durch die sozialistische Revolution in einem Teil Deutschlands die nationale Frage ja noch nicht gelöst wäre.

Nicht nur die GRF, sondern auch der KBW verbreitet in der Frage Staat und Revolution opportunistische Auffassungen. Während die GRF (KPD) den Kampf für die nationale Unabhängigkeit an die erste Stelle setzt und von dieser Position aus von der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staates ablenkt, setzt der KBW den demokratischen Kampf an die erste Stelle, lenkt vom Wesen des westdeutschen Staatsapparates als Diktatur der Bourgeoisie ab und verbreitet reformistische Illusionen unter den Massen. So, wenn er als Hauptlosung seiner Kampagne gegen den § 218 fordert: „Das Volk soll selbst entscheiden!". Als wenn unter den Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie das Volk frei selbst entscheiden könnte. So, wenn er die Wahl der Richter durch das Volk fordert, als wenn es im Kapitalismus Richter geben könnte, die im Interesse des Volkes und nicht der Kapitalisten urteilten. Der KBW geht vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie an die Fragen heran und nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution. Er „übersieht" dabei, daß ein Bundestagsabgeordneter ein Funktionär der Diktatur der Bourgeoisie bleibt, obwohl er vom Volk „gewählt" wurde; denn Wahlen im Kapitalismus sind ja nicht wirklich freie Wahlen, sondern Wahlen im Rahmen der Diktatur der Kapitalistenklasse.

Natürlich erkennt der KBW theoretisch wie auch die GRF (KPD) die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution an. Aber es ist eine alte Volksweisheit, daß man den Leuten nichts aufs Maul, sondern auf die Finger sehen muß. Und in der Praxis verbreitet der KBW die Illusion, der bürgerliche Staat sei beliebig demokratisierbar und lenkt so von der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie ab.

KAMPF DEM MILITARISMUS, NIEDER MIT DER IMPERIALISTISCHEN ARMEE!

Die Haltung zum bürgerlichen Staat läßt sich besonders klar an der Haltung zur imperialistischen Armee erkennen. Die Haltung der Marxisten-Leninisten in dieser Frage ist klar und eindeutig. **Sie führen einen entschiedenen Kampf gegen den Militarismus nach außen und innen und gegen die imperialistische Armee.** In seiner Kieler Rede hat der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, klar aufgezeigt, welche Aufgaben imperialistische Armeen wie die Bundeswehr in Westdeutschland oder die Nationale Volksarmee (NVA) in der DDR haben:

„**a. der Schutz, die Verteidigung des Besitzes der Kapitalisten, die Aufrechterhaltung ihres Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen;**

b. die Unterdrückung des eigenen Volkes im Falle eines revolutionären Aufstandes

c. als Aggressionsinstrument im Falle eines imperialistischen Krieges zu dienen." (9)

Darum müssen die Arbeiterklasse und die Werktätigen gegen den Militarismus und die imperialistische Armee kämpfen. Innerhalb der imperialistischen Armee müssen sie die Zersetzungsarbeit entfalten mit dem Ziel, dieses Instrument der Konterrevolution zu schwächen und die Kameraden für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Dazu gehört auch, den Soldaten und den Massen zu zeigen, daß eine imperialistische Armee niemals die Interessen der Nation verteidigen wird, sondern stets nur die Interessen der Imperialisten. Auf dieser Linie werden auch patriotische Kräfte innerhalb der imperialistischen Armee für den Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre deutschen Handlanger und Komplizen bzw. Vasallen gewonnen werden können. Das ist die klare Haltung unserer Partei zur imperialistischen Armee. **Wir Kommunisten streben die Bewaffnung des werktätigen Volkes an, was eine entscheidende Voraussetzung für die gewaltsame sozialistische Revolution ist.**

Wer die sozialistische Revolution will, muß auch gegen die imperialistische Armee kämpfen. Denn die imperialistische Armee ist das entscheidende Instrument der Bourgeoisie, mit dem sie versuchen wird, den revolutionären Aufstand der werktätigen Massen blutig niederzuschlagen. Die GRF(KPD) verkündet seit Monaten und mit wachsender Lautstärke, man dürfe die imperialistische Bundeswehr nicht mehr zersetzen, um die Verteidigungskraft des westdeutschen Imperialismus gegenüber dem russischen Sozialimperialismus nicht zu schwächen. Was hat das mit dem revolutionären Standpunkt des Proletariats zu tun? – Gar nichts. **Das ist Sozialchauvinismus reinsten Wassers.**

Natürlich stimmen wir nicht in das Abrüstungsgeschrei der modernen Revisionisten ein. Zum einen, weil die modernen Revisionisten damit die Illusion verbreiten wol-

len, der Imperialismus könne friedlich werden. Zum anderen, weil die modernen Revisionisten durch das Abrüstungsgeschrei davon ablenken wollen, daß der russische Sozialimperialismus und nicht der westdeutsche Imperialismus die aggressivste imperialistische Macht ist.

Die Haltung zur imperialistischen Armee wie zum bürgerlichen Staat insgesamt ist ein wichtiges Kriterium dafür, ob jemand auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht oder nicht. Jede Abweichung in dieser Frage führt zur Kapitulation vor der Bourgeoisie, zur Preisgabe der Interessen der sozialistischen Revolution.

Die KPD/ML ist die revolutionäre Partei des gesamten deutschen Proletariats

Die Arbeiterklasse steht vor der Aufgabe, den Kapitalismus in ganz Deutschland zu stürzen und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu errichten. Der Weg dorthin aber führt unter den gegenwärtigen Bedingungen nur über den Sieg der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten. Mit der Gründung der Sektion DDR hat unsere Partei in diesem Kampf einen wichtigen Sieg errungen.

Die GRF(KPD) hat die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML, die von der marxistisch-leninistischen Weltbewegung begeistert begrüßt wurde, wütend bekämpft. Diese Haltung der GRF (KPD) hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie wenig ernst es ihr offensichtlich mit den wortradikalen Aufrufen zum Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus ist. Wer diesen Kampf ernst nimmt, hätte die Gründung der Sektion DDR in jedem Fall begrüßen müssen als Angriff gegen den russischen Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR, selbst wenn er nicht in allen Fragen der Gründungserklärung und der politischen Linie unserer Partei übereinstimmt. **Niemals aber hätte er sich dazu hergegeben, in den Hetzchor der Revisionisten und Trotzkisten gegen die Gründung der Sektion DDR unserer Partei einzufallen.**

Die modernen Revisionisten, die Trotzkisten und gewisse Leute, die sich als Marxisten-Leninisten ausgeben, haben die Gründung unserer Partei in der DDR als „chauvinistischen Akt" angegriffen. Die Motive der modernen Revisionisten sind klar und müssen nicht näher erläutert werden. Diese Hunde bellen, wenn Breschnew und Honecker an der Kette ziehen. Sie sind Handlanger des großrussischen Chauvinismus und hoffen, in der Zukunft, gestützt auf die Bajonette des russischen Sozialimperialismus, auch in Westdeutschland ein sozialfaschistisches Quisling-Regime Moskaus errichten zu können. Auch die Angriffe der Trotzkisten gegen die Gründung der Sektion DDR unserer Partei können niemanden verwundern. Ihr wütender Kampf gegen die sozialistische Revolution hat sie stets zu Agenten der aggressivsten und reaktionärsten imperialistischen Mächte werden lassen. Früher kämpften sie als 5. Kolonne des Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion. Die gleichen konterrevolutionären Bestrebungen machen sie heute zu Wasserträgern des russischen Sozialimperialismus und des modernen Revisionismus.

Was jene angeblichen Marxisten-Leninisten betrifft, so sollten sie sich überlegen, wessen Spiel sie spielen, wenn sie den deutschen Marxisten-Leninisten das Recht absprechen wollen, sich in einer gemeinsamen kommunistischen Partei zu organisieren. Welches marxistisch-leninistische Argument wollen sie dafür ins Feld führen, daß die Werktätigen einer Nation, die durch den Imperialismus gespalten wurde, nicht das Recht haben sollen, unter der Führung einer kommunistischen Partei für den Sozialismus in ihrem Land zu kämpfen? Der Vorwurf des Chauvinismus fällt auf diese Leute selbst zurück. **Sie unterstützen den Chauvinismus des russischen Sozialimperialismus und des USA-Imperialismus, die die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten und unser Land militärisch besetzt halten.**

Die deutsche Arbeiterklasse in Ost und West hat große gemeinsame revolutionäre Traditionen, die Spaltung der deutschen Nation durch den Imperialismus konnte die vielen Verbindungen zwischen den Werktätigen in beiden Teilen Deutschlands nicht zerstören und die deutsche Arbeiterklasse hat ein gemeinsames strategisches Ziel, das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland. Es ist richtig und notwendig, daß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes unter der Führung einer kommunistischen Partei steht, und es ist ein großer historischer Sieg der deutschen Kommunisten im Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus, daß die KPD/ML nun in beiden deutschen Staaten existiert und kämpft.

Es ist völlig richtig, daß der Tatsache, daß die Klassenkampfsituation in beiden deutschen Staaten große Besonderheiten aufweist, eine große Bedeutung zukommt. Und gerade unsere Partei, die von Anfang an die Existenz der deutschen Nation energisch verteidigt und eine Strategie für ganz Deutschland entwickelt hat, führt einen entschiedenen Kampf dagegen, daß vom bürgerlich-nationalistischen Standpunkt aus diese Besonderheiten geleugnet werden.

Richtig ist aber auch, daß diese Besonderheiten der gegenwärtigen Lage keineswegs für die gesamte strategische Etappe gleich bleiben müssen. Nehmen wir den Fall des Ausbruchs eines imperialistischen Krieges zwischen den beiden Supermächten, in dessen Verlauf auch Westdeutschland vom russischen Sozialimperialismus besetzt würde, an. Es würde sich zwar nichts am Grundwiderspruch in Deutschland und am strategischen Ziel ändern. Aber dann wäre der russische Sozialimperialismus tatsächlich der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in ganz Deutschland. Es gäbe möglicherweise dann nur noch einen einzigen sozialfaschistischen Staatsapparat in Deutschland usw.

Aber wir gehen bei der Festlegung unserer Strategie und Taktik von der gegenwärtigen Lage, von den gegenwärtigen Macht- und Klassenverhältnissen, von der Analyse der existierenden gesellschaftlichen Widersprüche aus. Das bedeutet keineswegs, mögliche Entwicklungen zu ignorieren. **Die kommunistische Partei bestimmt ihre Strategie und Taktik stets auf der Grundlage der konkreten Analyse der konkreten Situation. Sie ist gerade darum flexibel und in der Lage, sich veränderten Bedingungen anzupassen.** Gefährlich und letztlich verhängnisvoll aber wäre es, von dem Prinzip der konkreten Analyse der konkreten Situation abzurücken, subjektivistische Spekulationen über mögliche Entwicklungen zur Grundlage der Bestimmung der Strategie und Taktik zu machen. Ein solches Vorgehen würde die Partei vollständig vom Klassenkampf isolieren, der stets Ausdruck der existierenden Klassenverhältnisse und gesellschaftlichen Widersprüche ist. Ein solches Vorgehen führt zur Aufgabe des Klassenkampfes und zur Versöhnung mit der Bourgeoisie oder zu vollständigem Sektierertum.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD/Marxisten Leninisten Nr. 1 Februar 1974

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK !

Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage

46 Seiten Preis 2,-- DM

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD Marxisten Leninisten Nr. 2 1974

DER AUFBAU DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI IM KAMPF GEGEN DEN MODERNEN REVISIONISMUS

170 Seiten Preis 4,-- DM

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten Nr. 3 1975

LINIE UND ENTWICKLUNG DER GRUPPE "ROTE FAHNE" (KPD) 1970 - 1975

Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen!

487 Seiten Preis 7,-- DM

Einheitsfront aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten für den Sozialismus

Unsere Partei hat die Aufgabe, den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Westdeutschland gegen den westdeutschen Imperialismus und den USA-Imperialismus, in der DDR gegen den russischen Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR zu führen. Dazu ist es notwendig, in beiden deutschen Staaten in den täglichen Kämpfen der Werktätigen die revolutionäre Einheitsfront aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten für den Sozialismus zu schmieden. Die Führung in dieser Einheitsfront kann nur das Proletariat, besonders das Industrieproletariat, übernehmen. Denn sowohl in der westdeutschen als auch in der DDR-Gesellschaft ist das Proletariat die einzig wirklich revolutionäre Klasse. Die Hauptkraft dieser Einheitsfront ist in Westdeutschland das enge Bündnis des Proletariats mit den unteren und mittleren Bauern, in der DDR die Einheit des städtischen Proletariats mit dem ländlichen Proletariat und dem ländlichen Halbproletariat. **Ohne diese revolutionäre Einheit der Werktätigen und die enge Verbindung der Partei mit den werktätigen Massen ist an den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus in Deutschland nicht zu denken.** Ohne diese Voraussetzung wird das deutsche Volk auch weder in der Lage sein, die Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation zu erringen, noch den Kampf gegen die Kriegspolitik des Imperialismus, vor allem der beiden Supermächte erfolgreich zu führen , noch einen ausgebrochenen imperialistischen Krieg mit dem gerechten, revolutionären Krieg zu beantworten.

Der Kampf gegen die beiden Supermächte in Deutschland

Die Supermächte als Feinde der sozialistischen Revolution bekämpfen !

Der russische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus sind gegenwärtig die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, sie streben auf allen Kontinenten nach Hegemonie und sind die größten Unterdrücker der Nationen, von ihrem Ringen im Kampf um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus, und sie sind gegenwärtig die Hauptkriegstreiber. Die beiden imperialistischen Supermächte sind gegenwärtig die größten Feinde der sozialistischen Weltrevolution und des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und Nationen. Für die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei eines jeden Landes ergibt sich daraus die Pflicht, sich einzureihen in die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte. Darüber hinaus aber muß die kommunistische Partei eines jeden Landes die Rolle der Supermächte in ihrem Land konkret analysieren. Die internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte wird in erster Linie dadurch verwirklicht, daß die Werktätigen eines jeden Landes, in dem die Supermächte stehen oder in das sie einzudringen versuchen, die Supermächte auf dem Boden ihres Landes angreifen und sich in diesem Kampf gegenseitig solidarisch unterstützen.

Die beiden Supermächte sind für die sozialistische Revolution in Deutschland keineswegs nur eine äußere Bedingung, die nur quantitative Veränderungen bewirken könnte. **Charakter und Verlauf der sozialistischen Revolution in Deutschland werden im Gegenteil gerade dadurch wesentlich geprägt, daß sie sich eben nicht nur gegen die westdeutsche Bourgeoisie und die neue Bourgeoisie der DDR richten kann, sondern in Westdeutschland auch gegen den USA-Imperialismus und in der DDR gegen den russischen Sozialimperialismus sogar als Hauptfeind.** In der Beurtei-

lung der Rolle der Supermächte in Deutschland unterscheiden wir Kommunisten uns von Patrioten, die keine Kommunisten sind, und vor allem von bürgerlich-nationalistischen Kräften dadurch, daß wir nicht in erster Linie von dem Gegensatz „wir Deutschen" und die Amerikaner oder die Russen ausgehen, sondern daß wir auch in dieser Frage vom Klassenstandpunkt und vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus urteilen und in den beiden Supermächten wie auch im westdeutschen Imperialismus und in der neuen Bourgeoisie der DDR in erster Linie Klassenfeinde der Werktätigen und Feinde der sozialistischen Revolution sehen und sie als solche bekämpfen. Wenn die GRF(KPD) unserer Partei deswegen vorwirft, wir würden die Bedeutung der nationalen Frage herabsetzen, dann zeigt das nur, wie tief diese Genossen bereits auf den Standpunkt des bürgerlichen Nationalismus hinabgesunken sind. Für sie ergibt sich aus der Präsenz der beiden Supermächte in Deutschland nur die alles überragende Bedeutung des nationalen Kampfes, der den Klassenkampf in der DDR bereits ins zweite Glied verdrängt haben soll und der ihrer Ansicht nach auch in Westdeutschland bereits an die erste Stelle getreten ist. **Das eben heißt vom Standpunkt des bürgerlichen Nationalismus aus urteilen und nicht von Standpunkt der sozialistischen Revolution.**

Auch der KBW beurteilt die Rolle der beiden Supermächte nicht vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus: „Wir meinen, daß der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte unbedingt notwendig ist, um die proletarische Revolution in Westdeutschland und in Westberlin vorzubereiten. Wie jede Seite des Kampfes um Demokratie, und um nichts anderes handelt es sich beim Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, muß er jedoch dem Kampf für die proletarische Revolution in Westdeutschland untergeordnet werden, denn dies ist der entscheidende Beitrag, den die Arbeiterklasse in Westdeutschland für den Fortgang der Weltrevolution leisten muß." (10) Wir stimmen mit dem KBW darin überein, daß der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte als Bestandteil des Kampfes für die sozialistische Revolution diesem untergeordnet werden muß. Wird der KBW aber, abgesehen davon, daß er nur vom Kampf in Westdeutschland ausgeht und die DDR hartnäckig als Ausland behandelt, dieser von ihm selbst aufgestellten Forderung gerecht? Das kann man keineswegs sagen; denn für den KBW ist der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte ausschließlich ein demokratischer Kampf. Das aber ist völlig falsch. Richtig ist, daß der Kampf gegen das Hegemoniestreben eine Reihe demokratischer Aufgaben umfaßt. So ist der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, für das Recht des deutschen Volkes auf einen souveränen Nationalstaat seinem Wesen nach ein demokratischer Kampf, wobei es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht vorstellbar ist, daß diese demokratische Forderung ohne den Sieg der sozialistischen Revolution verwirklicht werden kann.

Bedeutet Hegemoniestreben aber nur das Streben imperialistischer Mächte, die staatliche Souveränität anderer Länder einzuschränken? Eine solche Behauptung ist nicht nur theoretisch falsch, sondern auch angesichts der Wirklichkeit völlig lächerlich. Müssen wir dem KBW wirklich erklären, daß nach dem zweiten Weltkrieg beispielsweise der Imperialismus eine Reihe von Ländern aus dem kolonialen Status entlassen und ihnen staatliche Souveränität gewähren mußte, um sie dann mittels der Ökonomie in seine Abhängigkeit bzw. unter seine Hegemonie zu bringen? Meint der KBW ernsthaft, daß der Sturz der Herrschaft des russischen Sozialimperialismus in der DDR nichts anderes als eine demokratische Aufgabe ist, oder muß die Herrschaft der sowjetischen Monopolbourgeoisie in der DDR nicht doch durch die sozialistische Revolution gestürzt werden? Beutet das US-Kapital in Westdeutschland die Arbeiterklasse aus oder verstößt es lediglich gegen bestimmte Forderungen der politischen Demokratie? – **Der Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte kann keineswegs – und auch nicht hauptsächlich – auf demokratische Forderungen beschänkt werden.**

Der KBW vollzieht ein Täuschungsmanöver: Er pickt sich eine demokratische Frage – die Vernichtung, Einschränkung oder Bedrohung der nationalstaatlichen Souveränität durch die beiden Supermächte – heraus, setzt sie mit der Frage des Hegemoniestrebens gleich, um so zu dem Schluß zu kommen, daß der Kampf gegen die beiden Supermächte ausschließlich demokratischen Charakter hat. So drückt er sich darum herum, die Rolle der beiden Supermächte vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus einzuschätzen. Da klingt es schon

KPD/ML in der DDR gegründet



Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

VERLAG ROTER MORGEN

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

1967–1969

3 Jahrgänge in einem Band
350 Seiten, Preis 30,– DM



ENVER HOXHA

Rede des ersten Sekretärs des Zentralkommitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana

65 Seiten Preis 0,80 DM

Bestellungen an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49,
Tel.: 040 / 4 10 17 36
Postscheckkonto: Hmb. 1935 72 – 207

wie Hohn, wenn er abschließend versichert, der von ihm in Wirtklichkeit zur Hauptsache erhobene demokratische Kampf müsse dem Kampf für die proletarische Revolution untergeordnet werden.

Ist es fortschrittlich, wenn jemand als Patriot die beiden Supermächte bekämpft? – Natürlich ist das fortschrittlich. Ist es fortschrittlich, wenn jemand als Demokrat die beiden Supermächte bekämpft? – Auch das ist selbstverständlich fortschrittlich. Nur ist das nicht in erster Linie die Aufgabe der Kommunisten, die die Partei der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sind. Keineswegs fortschrittlich, sondern opportunistisch und schädlich ist es, wenn Organisationen, die sich kommunistisch nennen, das Proletariat und die Werktätigen nicht im Geist der sozialistischen Revolution erziehen, sondern sie nur für nationale oder demokratische Positionen zu mobilisieren versuchen. Reaktionär und konterrevolutionär wird es dort, wo der demokratische oder nationale Kampf als Vorwand benutzt wird, um gegen den Kampf für die sozialistische Revolution und die Erziehung der Arbeiterklasse in diesem Sinne aufzutreten. **Die Supermächte müssen in Deutschland in erster Linie als Feinde der sozialistischen Revolution, dann als nationale Unterdrücker und Hauptkriegstreiber bekämpft werden.**

Nationale Front für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands

Die Spaltung der deutschen Nation durch die beiden Supermächte und ihre deutschen Handlanger und Komplizen bzw. Vasallen läßt die nationale Frage in Deutschland zu einem äußerst wichtigen Nebenwiderspruch werden, dem unsere Partei größte Bedeutung beimißt.

Das deutsche Volk will die Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation, und diese Forderung ist zutiefst gerecht. Natürlich hat die nationale Frage im kapitalistischen Deutschland objektiv historisch nicht die gleiche Bedeutung wie in halbkolonialen und halbfeudalen Ländern der 3. Welt, in denen die nationale Unterdrückung durch den Imperialismus neben dem Feudalsystem das entscheidende Hindernis für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt darstellt. Daraus folgt, daß in einem kapitalistischen Land die nationale Unabhängigkeit kein eigenständiges strategisches Etappenziel der Revolution ist, wie es praktisch von der GRF(KPD) hingestellt wird. Daraus folgt keineswegs, daß in einem kapitalistischen Land die nationale Frage erledigt ist, daß der Kampf für die nationalen Interessen keine fortschrittliche, ja revolutionäre Rolle mehr spielen kann, wie es der KBW behauptet. Auch in dieser Frage reicht der KBW den modernen Revisionisten der SED und der D„K"P/SEW die Hand, die ja nicht nur den Sozialismus, sondern auch die nationalen Interessen unseres Volkes schamlos verraten haben.

Wie gegen jede Unterdrückung durch den Imperialismus kämpfen wir Kommunisten auch gegen die Unterdrückung unserer deutschen Nation und aller anderen Nationen durch den Imperialismus. So hat die KPD vor dem zweiten Weltkrieg gegen die nationale Unterdrückung durch den Versailler Vertrag, den Young- und den Dawes-Plan gekämpft, so verteidigten auch nach dem zweiten Weltkrieg die deutschen Kommunisten die Einheit der deutschen Nation gegen den Imperialismus. **So ist es gegenwärtig unsere Pflicht, den Kampf gegen die Spaltung der deutschen Nation zu unterstützen und zu leiten.** Dieser Kampf ist eine direkte Unterstützung des Kampfes für die sozialistische Revolution; denn unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Feinde der deutschen Nation auch die Feinde der sozialistischen Revolution in Deutschland. Die Bedeutung der nationalen Frage in Deutschland wird durch die internationale Lage noch verstärkt; denn die wichtigsten Feinde der Einheit der deutschen Nation, die beiden Supermächte, sind gleichzeitig die größten Feinde des internationalen Proletariats und der Völker der Welt. Bereits im Dezember 1973 stellte das Zentralkomitee unserer Partei deshalb fest:

„Der entscheidende Weg für das deutsche Proletariat , sich einzureihen in die weltweite Front der gegen das Diktat der Supermächte kämpfenden Völker, ist, den Feind dort anzugreifen, wo er steht, auf dem Boden unserer Heimat! Unser, der proletarische Internationalismus der revolutionären Bewegung bleibt eine hohle Phrase, wenn wir nicht im eigenen Land den Kampf aufnehmen gegen die Herrschaft der Supermächte und ihrer einheimischen Bündnispartner und Lakaien, den westdeutschen Imperialismus und die Honecker-Clique. Indem wir für die Befreiung der deutschen Nation kämpfen, nutzen und verschärfen wir die Widersprüche im imperialistischen Lager." (11)

Im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands müssen wir uns mit allen deutschen Patrioten in einer revolutionären nationalen Front zusammenschließen. Entschieden treten wir dabei gegen die Versuche der Bourgeoisie und ihrer Sprachrohre auf, die patriotische Bewegung für ihre revanchistischen Ziele zu mißbrauchen. **Nur das Proletariat kann und muß die Führung der Nation übernehmen und nur im Rahmen der sozialistischen Revolution kann die Frage der deutschen Nation im Interesse unseres Volkes und der Völker der Welt gelöst werden.**

Kampf der Kriegspolitik des Imperialismus, nieder mit den Hauptkriegstreibern, den beiden Supermächten!

Imperialismus bedeutet Krieg. Gegenwärtig sind es vor allem der russische Sozialimperialismus und der USA-Imperialismus, die auf der ganzen Welt um Hegemonie ringen, aus deren Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg hervorgeht. Dabei ist der russische Sozialimperialismus als der jüngere, aufstrebende imperialistische Räuber, der besonders auf eine Neuaufteilung der Welt drängt, die aggressivere der beiden Supermächte. Er ist auch deshalb besonders gefährlich, weil er vor den Völkern der Welt nicht in der gleichen Weise demaskiert ist wie der USA-Imperialismus , weil er sich mit sozialistischen Phrasen und Friedensdemagogie tarnt, um seine aggressiven Ziele vor den Völkern der Welt zu verbergen. Ein neuer Weltkrieg, sollte er ausbrechen, wäre demnach voraussichtlich ein imperialistischer Raubkrieg zwischen den beiden Supermächten um die Neuaufteilung der Welt, um Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Kapitalanlagemöglichkeiten und Einflußgebiete, mit einem Wort: Um Welthegemonie. Strategisches Zentrum dieses Krieges wäre Europa und in besonderer Weise Deutschland, auf dessen Boden sich bereits jetzt die Truppen der beiden Supermächte bis an die

Zähne gerüstet gegenüberstehen. Die gegenwärtige Lage macht es wahrscheinlich, daß im Falle eines solchen imperialistischen Krieges zwischen den beiden Supermächten sich der westdeutsche Imperialismus an der Seite des USA-Imperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR an der Seite des russischen Sozialimperialismus an dem Raubkrieg beteiligen würden.

Angesichts dieser Lage ist es völlig absurd, wenn die GRF(KPD) seit Monaten bemüht ist, Analogien zur Anti-Hitler-Koalition des zweiten Weltkrieges nach dem Überfall des Hitler-Faschismus auf die Sowjetunion zu ziehen. Der zweite Weltkrieg begann als imperialistischer Krieg, aber mit dem Überfall des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion änderte sich der Charakter des Krieges. Mit dem Kriegseintritt der sozialistischen Sowjetunion gab es im zweiten Weltkrieg eine gerechte Seite. Davon könnte **bei einem Krieg zwischen zwei imperialistischen Koalitionen unter der Führung der beiden Supermächte keine Rede sein.** Wenn die GRF (KPD) dennoch im Zusammenhang mit der wachsenden Kriegsgefahr hauptsächlich auf einen nationalen Befreiungskrieg hin orientiert, wenn sie „positive" Kritik an der Bundeswehr übt, damit diese ihre angebliche Verteidigungsfunktion gegenüber dem russischen Sozialimperialismus besser erfüllen könne, wenn sie gegen die Zersetzung der imperialistischen Armee auftritt, wenn sie unter falscher und demagogischer Berufung auf die Anti-Hitler-Koalition mehr oder weniger offen von der Möglichkeit eines Bündnisses oder gar einer „Vereinigung" mit der Bourgeoisie spricht, dann ist das Sozialchauvinismus und läuft auf Verrat an der sozialistischen Revolution hinaus.

Was sind dagegen die Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg? – Sie müssen der Propaganda des imperialistischen Pazifismus, den Entspannungsphrasen à la Helsinki, wie sie von den beiden Supermächten und den anderen Imperialisten und innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem von den modernen Revisionisten verbreitet werden, entgegentreten und unter den werktätigen Massen Klarheit über die wachsende Kriegsgefahr und ihre Ursachen schaffen. In dem Maße, in dem das gelingt, werden die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und ihrer Bündnispartner und Handlanger mit Sicherheit auf breiten Widerstand unter den Werktätigen und bei allen friedliebenden Menschen stoßen. Welche Richtung werden wir Kommunisten dieser Bewegung zur Wahrung und Verteidigung des gegebenen Friedens weisen? Der KBW erklärt dazu: „Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der hauptsächlich von den beiden Supermächten ausgeht, kämpft die Arbeiterklasse für die Auflösung aller imperialistischen Militärstützpunkte, für den Abzug aller fremden Truppen, für das Verbot und die Vernichtung der Kernwaffen. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr ist, wie der Kampf um Demokratie überhaupt, für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution vollkommen unerläßlich." (12)

Auch im Kampf gegen den imperialistischen Krieg sieht der KBW also nur demokratische Aufgaben. Schauen wir uns an, was Stalin zu der Friedensbewegung sagte, wie sie anfangs der 50er Jahre in den kapitalistischen Ländern einen großen Aufschwung nahm:

„Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten – sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte.

Es ist möglich, daß bei einem bestimmten Zusammentreffen von Umständen der Kampf für den Frieden sich hier und da zum Kampf um den Sozialismus entwickelt, aber das wird nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung sein, sondern eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus. Am wahrscheinlichsten ist, daß die gegenwärtige Friedensbewegung, als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines bestimmten Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des gegebenen Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsternen Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut, das ist sogar sehr gut. Und dennoch genügt das nicht, um die Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen der Friedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt, bestehen bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt.

Um die Unvermeidbarkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden." (13)

Stalins Stellungnahme ist also klar und eindeutig. Stalin erkennt den demokratischen Charakter der damaligen Friedensbewegung an, aber nicht um die demokratische Beschränktheit dieser Bewegung als Programm der Kommunisten auszugeben, sondern um zu erklären: „Es genügt nicht." Der KBW macht das genaue Gegenteil: Er macht die demokratische Beschränktheit zu seinem Programm. Wir Kommunisten dagegen haben die Pflicht, in die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg über die demokratischen Ziele hinaus die weiterführenden Ziele des Kampfes für den Sozialismus hineinzutragen. **Wir müssen wie Stalin den Massen sagen, daß der demokratische Kampf zwar erreichen kann, daß sich der Ausbruch des konkret drohenden Krieges verzögert, daß imperialistische Kriege aber dennoch unvermeidbar bleiben, solange der Imperialismus, die Ursache aller Kriege, nicht weltweit niedergeschlagen ist.**

Im Kampf gegen den aufgrund der Rivalität der beiden Supermächte drohenden Krieg muß das Feuer auf die Hauptkriegstreiber, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus konzentriert werden. Das ist absolut richtig. Dabei müssen Widersprüche zwischen den Imperialisten, vor allem zwischen den beiden Supermächten einerseits und den anderen kapitalistischen und imperialistischen Staaten andererseits, ausgenutzt werden, um die beiden Supermächte maximal zu isolieren. Daraus folgt aber nicht, wie die GRF (KPD) immer wieder zu beweisen versucht, daß diese kapitalistischen und imperialistischen Staaten in gewisser Hinsicht fortschrittlich geworden wären. Sie bleiben unversöhnliche Feinde des Proletariats und aller Werktätigen. **Wenn der Kampf der Werktätigen gegen die drohende Kriegsgefahr sich auch in erster Linie gegen die beiden Supermächte richten muß, so muß aber auch der Militarismus des westdeutschen Imperialismus angegriffen werden.** Erstens, weil der westdeutsche Imperialismus an einem Raubkrieg zwischen den beiden Supermächten sich aller Voraussicht nach an der Seite des USA-Imperialismus beteiligen würde. Zwei-

tens, weil der westdeutsche Imperialismus gegenwärtig zwar nicht in der Lage ist, auf sich gestellt einen Weltkrieg zu führen, aber sehr wohl andere Völker bedroht und militärische Aggressionen gegen andere Völker verüben kann. Ein Einstellen des Kampfes gegen den westdeutschen Militarismus wäre deshalb Sozialchauvinismus und Verrat am proletarischen Internationalismus.

Ohne die Möglichkeiten des demokratischen Kampfes gegen einen drohenden konkreten Krieg zu leugnen oder geringzuschätzen, müssen wir feststellen,daß der größte Beitrag des deutschen Volkes zur Erhaltung des Friedens der Sieg der sozialistischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland wäre.

Im Kampf gegen den Ausbruch eines imperialistischen Krieges dürfen die Werktätigen und ihre revolutionäre Vorhutpartei keineswegs alle Hoffnungen darauf setzen, daß ein solcher Krieg verhindert werden kann. Während sie den Kampf gegen den Ausbruch eines imperialistischen Krieges führen, müssen sie gleichzeitig Vorbereitungen für den Fall treffen, daß die imperialistischen Räuber dennoch einen neuen Weltbrand entfachen. **Sie müssen sich darauf vorbereiten, dem reaktionären imperialistischen Krieg den gerechten revolutionären Krieg für den Sturz des Imperialismus und die Errichtung des Sozialismus, gegen die eigene Bourgeoisie und jeden imperialistischen Besatzer entgegenzusetzen.** Das erfordert in erster Linie die revolutionäre Erziehung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen durch die kommunistische Partei, den schonungslosen Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus und Sozialchauvinismus. Es erfordert die Bewaffnung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.

Gegenwärtig wachsen sowohl die Faktoren des Krieges als auch die der Revolution. Die Hauptttendenz in der heutigen Welt ist aber die Revolution und der Sieg des Sozialismus. **Die Zukunft der Arbeiterklasse und der Völker ist glänzend: entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen.**

Es lebe der proletarische Internationalismus und die sozialistische Weltrevolution !

Marx und Engels stellten im Kommunistischen Manifest fest, daß die proletarische Revolution ihrem Inhalt nach international ist, daß der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Form nach aber national verläuft. (14) Sie betonen, daß die Kommunisten „**in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben**" müssen. (15) Lenin und Stalin lehrten die Werktätigen, daß sie vom Standpunkt und den Interessen der sozialistischen Weltrevolution urteilen müssen, um nicht in revisionistisches und chauvinistisches Fahrwasser zu geraten.

Diese Lehren der großen Führer des internationalen Proletariats haben ihre uneingeschränkte Gültigkeit behalten. Aber auch in dieser Frage fehlt es nicht an Versuchen, die Positionen des Marxismus-Leninismus opportunistisch zu verfälschen. Im wesentlichen können wir zwei opportunistische Abweichungen in dieser Frage unterscheiden. Die erste Position leugnet faktisch, daß die proletarische Revolution der Form nach national verläuft. Die Vertreter dieser Position behaupten: die Antworten auf alle Fragen ergeben sich aus der Analyse der internationalen Lage, die konkrete Analyse der konkreten Situation in einem bestimmten Land greifen sie als ökonomistisch, national-borniert usw. an, der Hauptfeind im Weltmaßstab muß der Hauptfeind in jedem Land sein usw. usf. Die Vertreter der zweiten opportunistischen Position in dieser Frage weigern sich praktisch, die sozialistische Revolution in einem Land als Teil der Weltrevolution zu sehen. Sie sprechen der Entwicklung der internationalen Lage jede wesentliche Bedeutung für die sozialistische Revolution in ihrem Land ab, betrachten sie nur als äussere Rahmenbedingungen, aus der sich höchstens einige demokratische Kampfaufgaben ergeben. Wichtig – ster Vertreter der ersten opportunistischen Position ist die GRF (KPD). Die opportunistischen Tendenzen der zweiten Art finden sich beim KBW und noch stärker beim KABD.

Gehen wir kurz auf die erste Position ein. Nicht weil die zweite opportunistische Position prinzipiell weniger gefährlich wäre, sondern weil die erste Position gegenwärtig besonders lautstark von der GRF (KPD) vertreten wird, um mit „linken" Losungen von der Weltrevolution die vollständig rechte Politik der Blockbildung mit der Bourgeoisie zu bemänteln.

Die Auffassung, daß nicht mehr von der Analyse der Wirtschaft eines Landes, sondern **nur noch** von der Weltwirtschaft, nicht mehr von dem Imperialismus in einem Land, sondern **nur noch** von dem Weltimperialismus, nicht mehr von der sozialistischen Revolution in einem Land, sondern **nur noch** von der Weltrevolution gesprochen werden darf, ist nicht neu. Es ist der Kern der trotzkistischen Theorie. Diese Theorie führt keineswegs zur Beschleunigung der Weltrevolution, denn die Weltrevolution kann sich nur in Form nationaler Revolutionen vollziehen. Klipp und klar stellten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest fest: „**Das Proletariat eines jedes Landes muß natürlich zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden.**" (16) Die auf trotzkistischem Fundament gegründete Theorie der GRF (KPD) führt also in der Konsequenz einerseits dazu, die Unmöglichkeit der siegreichen Revolution in einem Land nachzuweisen und stellt sich andererseits dem Fortschritt der Weltrevolution in den Weg, weil sie leugnet, daß das Proletariat eines jeden Landes zunächst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden muß.

Die Treue zur sozialistischen Weltrevolution erfordert also von der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei eines jeden Landes in erster Linie, daß sie entschlossen für den Sieg der sozialistischen Revolution in ihrem Land kämpfen, daß sie die revolutionären Kämpfe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker und Nationen entschieden unterstützen. Unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen, wo die beiden Supermächte die größte konterrevolutionäre Kraft und die unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus sind, ist es die internationalistische Pflicht, die Supermächte dort anzugreifen, wo sie stehen, und alle Völker und Nationen in ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte zu unterstützen. Das Proletariat und die kommunistische Partei eines jeden Landes müssen gegen den imperialistischen Krieg und die Weltkriegsgefahr kämpfen. Die weltrevolutionäre Pflicht der Arbeiterklasse

eines jeden Landes ist es, feste und unverbrüchliche Solidarität zu den sozialistischen Ländern zu halten, die als Bastionen der Weltrevolution an der Spitze des Kampfes gegen den Imperialismus stehen. Das sind die wichtigsten Aufgaben des proletarischen Internationalismus.

Selbstkritik des Präsidiums der KPD/ML

In der Grußadresse des Zentralkomitees unserer Partei zum neuen Jahr heißt es:

„So hat unsere Partei im wesentlichen eine korrekte Position des Kampfes gegen die beiden Supermächte entwickelt. In einer Frage allerdings wurde in verschiedenen Dokumenten der Partei eine falsche bzw. unklare und mißverständliche Auffassung vertreten. Es handelt sich um die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution in Westdeutschland. (. . .) Faktisch wurde in verschiedenen Dokumenten von uns die Auffassung verbreitet, auch in Westdeutschland müsse der Kampf in erster Linie gegen die beiden Supermächte und erst in zweiter Linie gegen den westdeutschen Imperialismus geführt werden." (17)

Wir wollen hier noch einmal selbstkritisch zu diesem Fehler Stellung nehmen, der mit der Grußadresse des Zentralkomitees auf der Grundlage der einstimmig gefaßten Beschlüsse des November-Plenums des Zentralkomitees korrigiert wurde.

Als das Präsidium unserer Partei Anfang letzten Jahres den Beschluß faßte, daß Genosse Ernst Aust auf der Kieler Veranstaltung im März letzten Jahres zur Frage der wachsenden Kriegsgefahr eine grundsätzliche Rede halten sollte, gingen wir richtig davon aus, daß es notwendig war, in der Frage der – aufgrund der Rivalität der beiden Supermächte – wachsenden Kriegsgefahr und der besonderen Aggressivität des russischen Sozialimperialismus ein größeres Bewußtsein zu schaffen. Innerhalb der gesamten revolutionären Bewegung wurde dieser Frage damals keine ausreichende Bedeutung beigemessen. Wenn unsere Partei auch bereits in der Erklärung des Zentralkomitees zur nationalen Frage „Deutschland dem deutschen Volk!" im wesentlichen richtige Schlußfolgerungen aus dem Ringen der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft und die daraus erwachsende Kriegsgefahr gezogen hatte, so galt auch für unsere Partei, daß sie die Bedeutung dieser Frage im allgemeinen unterschätzte. Diese Einschätzung der Situation war richtig und die Kieler Rede des Genossen Ernst Aust, die zuvor im Präsidium diskutiert und verabschiedet worden war, hat in dieser Frage tatsächlich eine bedeutende Änderung gebracht. Die Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr ist nach der Kieler Rede und ihrer Veröffentlichung ins Zentrum der ideologischen Diskussion innerhalb der revolutionären Bewegung unseres Landes gerückt.

In der Kieler Rede kommt aber auch zum Ausdruck, daß das Präsidium nicht in allen Punkten richtig an diese Frage herangegangen ist. So ist es ein grundlegender Mangel der Kieler Rede, daß sie nur die Frage der Kriegsgefahr behandelt und nicht eindeutig aufzeigt, in welchem Verhältnis der Kampf gegen den imperialistischen Krieg zum Kampf für die sozialistische Revolution steht. Beide Fragen werden vielmehr teilweise in unzulässiger Weise vermischt. So legt die Kieler Rede den Schluß nahe, auch wenn es nicht direkt gesagt wird, daß in ganz Deutschland in erster Linie die beiden Supermächte bekämpft werden müssen. Vom Standpunkt des Kampfes gegen die Kriegsgefahr ist das richtig, für den Kampf für die sozialistische Revolution stimmt es nicht.

Falsch ist es auch, wenn in der Rede an einer Stelle festgestellt wird, daß der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und die Herstellung einer breiten Einheitsfront gegen die beiden Supermächte „vorrangig" gegenüber dem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland sei. (18) Der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ist dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet und so kommt es auch in anderen Stellen der Rede zum Ausdruck. Es zeigt sich, daß das Verhältnis vom Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr zum Kampf für die sozialistische Revolution und die damit zusammenhängenden Probleme damals nicht richtig klar waren und zum Teil falsch vermischt wurden, daß das Präsidium die Frage der Kriegsgefahr und ihre Auswirkungen nicht allseitig analysiert hat, sondern in der Tendenz die Bedrohung durch die Kriegsgefahr einseitig verabsolutiert hat.

Mit dem Artikel des Präsidiums „Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?" (19) wollte das Präsidium einige falsche Tendenzen, die nach der Kieler Rede aufgetaucht waren, korrigieren und vor allem die sich schnell herausbildenden sozialchauvinistischen Tendenzen und Positionen der GRF (KPD) und der Sozialchauvinisten aus Frankfurt, Aachen, Bochum bekämpfen. Richtig wird in diesem Artikel festgestellt, daß in beiden deutschen Staaten der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Grund- oder Hauptwiderspruch ist, daß das strategische Etappenziel der Revolution in Deutschland die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die sozialistische Revolution ist. Klar wird bestimmt, daß der Kampf für die nationalen Interessen und gegen die Kriegsgefahr dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet sind. Alle sozialchauvinistischen Tendenzen der Blockbildung mit der westdeutschen Bourgeoisie und der Vaterlandsverteidigung werden in diesem Artikel zurückgewiesen.

In diesem Artikel wird auch richtig festgestellt, daß Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in einem Land nicht einfach aufgrund der Analyse der internationalen Lage bestimmt werden können, sondern, daß es auch notwendig ist, die konkreten Bedingungen eines Landes konkret zu analysieren. Diese Forderung wird aber in dem Artikel des Präsidiums selbst nicht voll verwirklicht. Stattdessen wurde eine richtige Feststellung aus dem Vorschlag der chinesischen Genossen zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung schematisch auf die heutige Situation übertragen. In dem Vorschlag der chinesischen Genossen von 1963 heißt es:

„In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des USA-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus richten, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verraten." (20)

In dem Artikel des Präsidiums wird daraus die Schlußfolgerung gezogen: „Für Deutschland müssen wir also sagen, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen in erster Linie gegen die beiden Supermächte, dann aber auch gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie in der DDR und gegen alle reaktionären Kräfte, die

die Interessen der Nation verraten, kämpfen müssen." (21) In Wirklichkeit waren die chinesischen Genossen 1963 keineswegs der Ansicht, daß in allen kapitalistischen Ländern der Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus gerichtet werden mußte. An anderer Stelle ist ausdrücklich nur von **bestimmten** kapitalistischen Ländern die Rede. Auch 1963 mußte also in jedem Land konkret analysiert werden, wer der Hauptfeind der sozialistischen Revolution in einem Land ist und die chinesischen Genossen haben die Gültigkeit dieses Prinzips in keiner Weise eingeschränkt.

Wenn die Sache jetzt so klar scheint, warum wurde dann überhaupt der Fehler gemacht, dieses Zitat der chinesischen Genossen falsch und schematisch auf die gegenwärtige Situation in Deutschland zu übertragen? Dem liegt der Fehler des Subjektivismus zugrunde. **Das Präsidium ging nicht wirklich von der Notwendigkeit einer konkreten Analyse aus, sondern von der vorgefaßten Meinung, daß der Hauptfeind im Weltmaßstab und die Hauptkriegstreiber auch der Hauptfeind in Deutschland sein müßten und suchte nach „Beweisen" für diese These.** Genosse Mao Tsetung stellt dazu fest:

„Die fundamentalste Arbeitsmethode, die sich alle Kommunisten tief einprägen müssen, besteht darin, die Richtlinien für die Arbeit gemäß den realen Verhältnissen festzulegen. Wenn wir die Ursachen der Fehler, die wir begangen haben, untersuchen, zeigt sich, daß sie alle entstanden sind, weil wir uns von den zur gegebenen Zeit und am gegebenen Ort herrschenden realen Verhältnissen losgelöst und die Richtlinien für unsere Arbeit subjektiv festgelegt haben. " (22) Der Artikel des Präsidiums zieht z.B. keine Konsequenzen aus der Spaltung Deutschlands in zwei kapitalistische Staaten, wo es um die Frage des Hauptfeindes geht.

Von der Kieler Rede bis November 1975 drückte sich der Fehler der falschen Bestimmung des Hauptfeindes in einer Reihe von Artikeln des ROTEN MORGEN und Dokumenten der Partei, z.B. in dem Diskussionsbeitrag der Partei zu den Gesprächen mit der GRF(KPD) aus.

Der Fehler wurde relativ schnell erkannt, weil die Bestimmung, daß auch in Westdeutschland der Kampf in erster Linie gegen die beiden Supermächte gerichtet werden muß, in vollständigem Widerspruch zur Praxis des Klassenkampfes stand und die Erfahrungen der Partei dies auch sehr deutlich machten. Wir erkennen dabei natürlich an, daß der KBW und andere revolutionäre Organisationen unsere falsche Position in der Frage des Hauptfeindes punktuell richtig kritisiert haben, müssen aber auch feststellen, daß richtige Argumente seitens dieser Organisationen stets von den opportunistischen Grundpositionen überwuchert wurden, so daß es sehr schwierig war, der insgesamt falschen Polemik dieser Organisationen gegen unsere Partei zu entnehmen, daß die Kritik in der Frage des Hauptfeindes berechtigt war.

Unsere Partei hat den Fehler inzwischen korrigiert. Er stellte keineswegs eine durchgehende falsche Linie dar. Vor allem müssen wir an dieser Stelle betonen, daß die Partei zu keiner Zeit den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus eingestellt oder auch nur reduziert hat. Auch während der Zeit, wo von der Partei eine falsche Bestimmung des Hauptfeindes propagiert wurde, erschienen gleichzeitig richtige Artikel, Erklärungen und Dokumente der Partei, in denen der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus an die erste Stelle gesetzt wurde. So stellte der Jugendkongreß der ROTEN GARDE, "Jugend gegen den imperialistischen Krieg", den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus in den Mittelpunkt, was die Dokumente des Jugendkongresses, insbesondere die Reden des Genossen Ernst Aust, bezeugen. Das gleiche gilt u.a. für das Eingreifen der Partei in die Betriebsratswahlen.

Wenn wir hier noch einmal zu dem von uns gemachten Fehler in der Frage des Hauptfeindes Stellung nehmen, dann vor allem deshalb, weil die von uns gemachten Fehler das Entstehen und die Ausbreitung der sozialchauvinistischen Tendenzen vor allem bei der GRF (KPD) in gewisser Weise begünstigt haben. Vor allem dadurch, daß unsere Partei zwar den Kampf gegen diese sozialchauvinistischen Positionen geführt hat, aber aufgrund des eigenen Fehlers nicht mit der nötigen Entschiedenheit und Klarheit. **Die praktische Selbstkritik unsererseits kann nur darin bestehen, den ideologischen Kampf gegen alle sozialchauvinistischen Tendenzen zu verstärken, um den Genossen der GRF (KPD) zu helfen, den antimarxistischen und antiproletarischen Kern dieser Auffassungen zu erkennen.** Die Fehler unserer Partei haben auch dazu geführt, daß die rechtsopportunistischen Positionen des KBW und des KABD nicht klar genug kritisiert und bekämpft werden konnten. Die Fehler unserer Partei dienten zum Teil sogar als Anlaß, um mit „linken" Losungen, vollständig rechte Positionen zu tarnen. Auch hier kann die praktische Selbstkritik nur darin bestehen, den ideologischen Kampf gegen diese rechtsopportunistischen Positionen zu verstärken.

Der moderne Revisionismus muss allseitig entlarvt und bekämpft werden!

Der moderne Revisionismus ist der Todfeind des Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Revolution und der Hauptfeind in der Arbeiterklasse. Nur im Kampf gegen den modernen Revisionismus kann die kommunistische Partei aufgebaut und die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet werden. Das erfordert, daß der moderne Revisionismus **allseitig** entlarvt und bekämpft wird. Auf den **allseitigen** Kampf gegen den modernen Revisionismus zu verzichten bedeutet einerseits, die konterrevolutionäre Tätigkeit der modernen Revisionisten zu erleichtern, die Arbeiterklasse ihrem Einfluß zu überlassen. Andererseits führt eine solche Kapitulation vor dem modernen Revisionismus auch dazu, daß die betreffenden Organisationen selbst zunehmend unter den ideologischen Einfluß des modernen Revisionismus geraten.

Beim KBW ist dieser ideologische Einfluß des modernen Revisionismus offensichtlich. Seit seiner Gründung hat er eine versöhnlerische und zentristische Position gegenüber dem modernen Revisionismus eingenommen, was sich in der politischen Praxis u.a. in dem ständigen Werben des KBW um Aktionseinheiten mit der D„K"P/SEW ausdrückt.

Weniger offensichtlich ist der ideologische Einfluß des modernen Revisionismus in der GRF(KPD), die sich selbst inzwischen ja geradezu in der Rolle der Vorkämpferin gegen den modernen Revisionismus sieht. Obwohl wir es begrüßen, daß die GRF(KPD) nun die D„K"P/SEW als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung bekämpft, müssen wir feststellen, daß die GRF(KPD) nach wie vor das Wesen des modernen Revisionismus nicht begriffen hat und

dementsprechend nicht in der Lage ist, einen allseitigen und konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus zu führen.

Früher hat die GRF(KPD) die Bedeutung des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu leugnen versucht, indem sie erklärte, die D„K"P/SEW sei nur eine Agentur des russischen Sozialimperialismus und nicht in der Lage, Masseneinfluß zu erlangen. Heute begründet die GRF(KPD) ihre richtige Ansicht, daß die D„K"P/SEW der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist, ebenfalls mit der Behauptung, daß die D„K"P/SEW hauptsächlich eine Agentur des russischen Sozialimperialismus ist. **Die** GRF(KPD) hat also eigentlich nur ihre Verharmlosung des russischen Sozialimperialismus aufgegeben, das Wesen des modernen Revisionismus hat sie keineswegs begriffen. Auch wenn sie in Worten anerkennt, daß der moderne Revisionismus auch eine Agentur des westdeutschen Imperialismus ist, bekämpft sie in der Praxis hauptsächlich und fast ausschließlich die D„K"P/SEW nur als Agentur des russischen Sozialimperialismus und führt so keineswegs einen allseitigen Kampf gegen den modernen Revisionismus, insbesondere nicht gegen seine konterrevolutionären ideologischen Grundlagen. **Im Gegenteil nähert sich die GRF (KPD) in wichtigen Grundsatzfragen immer stärker den ideologischen Positionen des modernen Revisionismus an**:wie die modernen Revisionisten verwischt die GRF(KPD) den Grundwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Wie die modernen Revisionisten lenkt die GRF(KPD) von der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats ab, wie die modernen Revisionisten beschönigt sie das Wesen des westdeutschen Imperialismus usw. Weil die GRF(KPD) keinen Kampf gegen die Ideologie des modernen Revisionismus führt, gerät sie immer weiter unter seinen ideologischen Einfluß, obwohl sie immer lauter von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus spricht.

Es ist keineswegs verwunderlich, daß mit dem Anwachsen sozialchauvinistischer Tendenzen in der GRF(KPD) auch der ideologische Einfluß des modernen Revisionismus wächst. Bereits der Vater des modernen Revisionismus, der amerikanische Erzrevisionist Earl Browder, war gleichzeitig auch Sozialchauvinist. Unter der falschen Flagge des Kampfes gegen den Hitler-Faschismus predigte er die Vereinigung des Proletariats der USA mit der USA-Monopolbourgeoisie, den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, verwischte er den Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus usw.

Schon in dem Artikel„Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?"wiesen wir auf folgende Feststellung Lenins hin: „**Die grundlegende Idee des Opportunismus ist das Bündnis oder Annäherung (zuweilen Vereinbarung, Blockbildung usw.) zwischen der Bourgeoisie und ihren Antipoden. Die grundlegende Idee des Sozialnationalismus ist genau die gleiche.**" (23) Diese Feststellung Lenins bestätigt sich auch heute wieder.

Ohne den modernen Revisionismus allseitig und entschieden zu bekämpfen, ohne den Großteil der Arbeiterklasse seinem Einfluß entzogen zu haben, kann die sozialistische Revolution, kann der Kampf für ein vereintes, unabhängies, sozialistisches Deutschland nicht siegen.

Anmerkungen:

1) Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Peking 1965, S. 30-31

2) Mao Tsetung, Ausgewählte Werke Band 1, S. 369

3) a.a.O., S. 355 u. 388

4) Erklärung des ZK der KPD „Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland", Rote Fahne, 6. Jg/ Nr. 45, S. 9

5) Rote Fahne 7. Jg./Nr. 6, S. 6

6) Papier des KBW zu den Gesprächen über eine Aktionseinheit zu den Bundestagswahlen

7) ZK-Erklärung der KPD, Rote Fahne 6. Jg./ Nr. 45, S. 10

8) vgl. Rote Fahne 7. Jg./Nr. 9, S. 10

9) Ernst Aust, Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker!, S. 44

10) KBW, a.a.O.

11) Der Weg der Partei,Theoretisches Organ der KPD/ML Nr. 1, S. 12

12) KBW a.a.O.

13) Stalin, Werke Band 17 (Verlag Roter Morgen), S. 287f

14) Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1975, S. 49

15) a.a.O. S. 49

16) a.a.O. S. 47

17) Roter Morgen Nr. 1/1976, S. 6

18) vgl. Ernst Aust, a.a.O. S. 49

19) Beilage zum Roten Morgen 33/1975

20) Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1963, S. 21

21) Präsidium der KPD/ML „Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?", S. 4

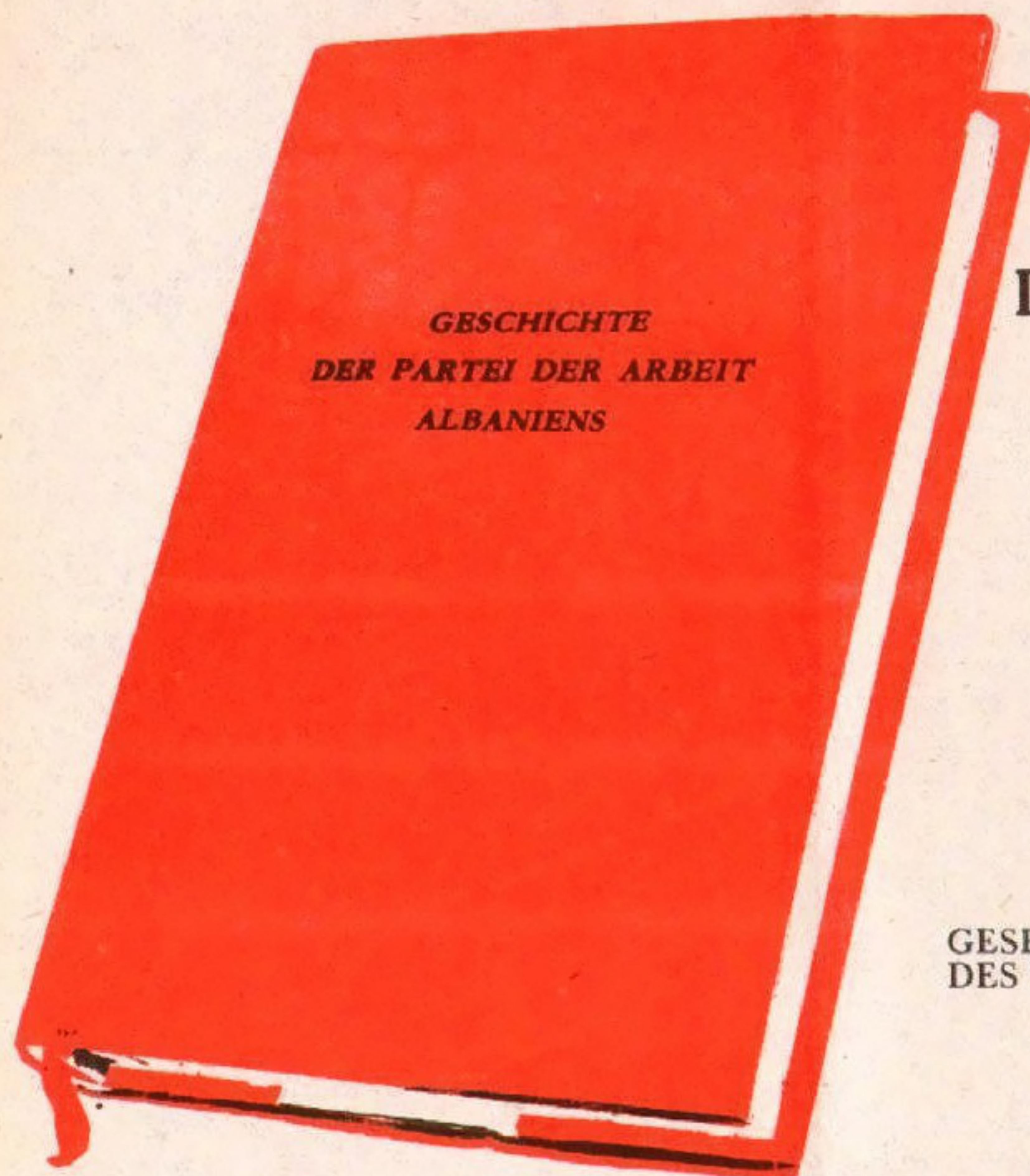
22) Mao Tsetung, Werke Band IV, S. 244

23) Lenin, Werke Band 21, S. 143

VORANKÜNDIGUNG: NEUE BROSCHÜRE ZUR GRF(KPD)

In Kürze erscheint im Verlag Roter Morgen eine neue Broschüre unserer Partei zur GRF(KPD). Im ersten Teil der Broschüre wird zusammenfassend Stellung genommen zu den Verleumdungen, Lügen und Geschichtsfälschungen, wie sie in der GRF-Broschüre „Zur Kritik der politischen Linie der KPD/ML" enthalten sind. Der zweite Teil entlarvt die sozialchauvinistischen Positionen der GRF(KPD) und zeigt ihre ideologischen Grundlagen auf.

Die Broschüre kann nach Erscheinen bei der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus bestellt werden.



GESCHICHTE DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

Die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens ist vom Institut für marxistisch-leninistische Studien bearbeitet und wird laut Beschluß des ZK der PAA veröffentlicht.

750 Seiten – Preis 8,-- DM

GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG
DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheck Hmb 1935 72-207
Telefon: 040/ 4 10 17 36

Zeitschriften aus der VR China und Albanien

PEKING RUNDSCHAU

北京周報

PEKING RUNDSCHAU ist eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

Sie enthält:

* Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
* Chinas Ansichten in internationalen Fragen
* Theoretische Artikel
* Wichtige Erklärungen und Dokumente

Die **PEKING RUNDSCHAU** erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch, Japanisch und Spanisch. Sie wird per Luftpost in alle Welt versandt.

	Einzelh.	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
DM	0,40	12,00	18,00	24,00

CHINA IM BILD

人民画報

CHINA IM BILD ist eine Monatsschrift in Grossformat mit reichem Bildmaterial und knappen Texten. Diese Zeitschrift berichtet von Chinas neuen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten, zeigt das neue Leben von Chinas Nationalitäten und informiert über den freundschaftlichen Verkehr zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern aller Länder der Welt.

Gegenwärtig erscheint diese Illustrierte in 16 Sprachen: Chinesisch, Deutsch, Koreanisch, Russisch, Englisch, Französisch, Japanisch, Vietnamesisch, Indonesisch, Hindi, Spanisch, Arabisch, Schwedisch, Suaheli, Italienisch und Urdu.

	Einzelh.	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
DM	1,00	10,00	15,00	20,00

Albanien heute

Deutschsprachige politische Zeitschrift. Erscheint zweimonatlich in Tirana.

Preis: 12,- DM / Jahr

NEUES ALBANIEN 4 1974

Politisch-gesellschaftliche Illustrierte. Erscheint zweimonatlich in deutscher Sprache in Tirana.

Preis: 12,- DM / Jahr

Gesellschaft für die Verbreitung des Wissenschaftlichen Sozialismus

2000 Hamburg 13, Grindelallee 159, Telefon 040 / 4 10 17 36, Postanschrift:
2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49, Postscheckkonto: Hmb 1935 72–207